

A3 Vorschlag für einen Beschluss der LAG Bildung zum Bericht der Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin und den „Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht“.

Antragsteller*in: Anne Albers, Manuel Honisch, Vito Dabisich (LAG Bildung)

Antragstext

1. Eine Gesamtstrategie für die Schulsteuerung in Berlin

Die Expert*innenkommission hat eine Reihe von spannenden Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Steuerung der Berliner Schulen gemacht. Die zentrale Erkenntnis des Berichts ist die derzeit unzureichende Koordination der Unterstützungs- und Steuerungsmaßnahmen. Obwohl wir allen Beteiligten die besten Intentionen unterstellen, müssen wir einsehen, dass wir die Strategie ändern müssen. Ebenso wie die Kommission sehen wir die Notwendigkeit, die einzelnen Maßnahmen stärker miteinander zu verzahnen, die verschiedenen Rollen zu klären und Ressourcen effektiver einzusetzen. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Maßnahmen zur Verbesserung der Mathematik- und Sprachkompetenzen, auf die sich der Bericht bezieht, sondern ist aus unserer Sicht symptomatisch für die Arbeit der Schulverwaltung. Wir brauchen eine Steuerung und Unterstützung von Schule aus einem Guss, nicht verschiedenste Einzelprogramme. Insofern unterstützen wir die Schaffung einer auf dem Schulgesetz basierenden „Gesamtstrategie“ in der Senatsverwaltung.

Die Expert*innenkommission hatte den Auftrag, sich auf die Verbesserung der mathematischen und sprachlichen Kompetenzen zu konzentrieren. Es liegt entsprechend in der Natur der Kommission, dass sie einen „Fokus auf die Sicherung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen“ empfiehlt. Tatsächlich sind Lesen, Schreiben und Rechnen die Grundlage für alle anderen schulischen Lernbereiche. Aber darin erschöpft sich der schulische Bildungsauftrag nicht, wie auch die Expert*innen zugeben. Deswegen wird es in dem begleitend eingesetzten Qualitäts-Beirat auch darauf ankommen, den Blick auf Bildungsqualität nicht ausschließlich auf den Deutsch- und den Mathematikunterricht und auf vermeintlich messbaren „Output“ zu verengen. Die kostspieligen Dateninstrumente noch weiter auszubauen, kann nicht die Lösung sein. Schule muss in ihrer Ganzheit betrachtet werden, das beinhaltet auch den Ganztag sowie die Einbettung der Schule in den Sozialraum. Eine einseitige Fokussierung auf Daten der mathematischen und sprachlichen Kompetenzen wird dem schulgesetzlichen Bildungsauftrag der Schule nicht gerecht. Für uns ist deshalb klar, dass die „Gesamtstrategie“ auf Grundlage des Schulgesetzes zu erarbeiten ist. Diese Strategie muss deutlich machen, wie die im Schulgesetz festgeschriebenen Ziele an allen Schulen erreicht werden können.

Gute Bildung ist eine der wichtigsten Grundlagen für gute Entwicklungschancen im Leben und trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen in der modernen Arbeitswelt ihren Platz finden. Gute Bildung ist inklusiv und befähigt die heranwachsende Generation, selbstständig die Welt zu entdecken und verstehen zu lernen, Verantwortung für das eigene Leben und die Gemeinschaft zu übernehmen und dabei mit Empathie und Rücksicht seinen Mitmenschen und der Natur zu begegnen. Ein inklusives, auf die ökologischen Herausforderungen der Zukunft ausgerichtetes Bildungssystem, dass alle Schüler*innen Berlins, egal aus welchem Elternhaus, mitnimmt, ist zentral für die Zukunft. Dies entspricht ganz dem Geiste unseres

auf der LDK 2018 beschlossenen Bildungsantrages: „Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht, moderne und sich entwickelnde Pädagogik und gute Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse mitgeben und Kompetenzen ausbauen. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft allen Kindern, unabhängig von der familiären Migrationsgeschichte oder des sozio-ökonomischen Hintergrundes, barrierefreie, echte Bildungschancen bieten und sie so zu mündigen Bürger*innen mit einem Höchstmaß an Urteilkraft heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten.“

2. Die einzelnen Schulen unterstützen, ohne Konkurrenz zu fördern

Wir unterstützen das Ansinnen der Kommission, die vorhandenen Daten zu nutzen, um Unterstützungsbedarfe an Schulen festzustellen. Gerade jene Schulen, an denen viele Kinder Schwierigkeiten haben, sollten von Schulaufsicht und dem Beratungssystem unterstützt werden. In dem Sinne halten wir es für sinnvoll, das „Gießkannenprinzip“ abzuschaffen.

Im Bericht wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass es eine große Segregation zwischen den Berliner Schulen gibt – während an manchen Schulen alle Schüler*innen auf der höchsten Kompetenzstufe sind, sind an anderen Schulen 90 % der Schüler*innen auf der untersten Kompetenzstufe. Für diese besonders herausgeforderten Schulen brauchen wir besondere Unterstützung. Wir schlagen vor, dass die zuständigen bezirklichen Schulrät*innen für die zusätzliche Unterstützung Stundenkontingente zur Verfügung gestellt bekommen. Die zuständigen Schulrät*innen sind am besten dazu in der Lage, diese Stundenkontingente auf Grundlage ihrer langjährigen Expertise und dem Zugriff auf Übersichtsdaten sinnvoll zu verteilen.

Wir möchten vermeiden, dass Schulen sich auf nichtintentionale Weise an einzelnen Indikatoren ausrichten. Verschiedene Studien haben diese nichtintendierten Effekte bereits aufgezeigt (siehe bspw. [Bellmann et al. 2016](#)). Es ist keiner Schülerin geholfen, wenn zwar die Ergebnisse in den Leistungstests besser werden, dies aber nicht mit einem tatsächlichen verbesserten mathematischen Verständnis einhergeht. Wir halten es deshalb nicht für sinnvoll, Ressourcen auf Grundlage von Indikatoren automatisiert zu verteilen oder Schulverträge mit Sanktionen zu versehen, da dies solch adverses Verhalten der Schulen fördern könnte. Die Bewertung von Qualität einer Schule muss stets auf einer Vielzahl von Themen beruhen.

Dazu gehört aber auch, die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die Schulen erfolgreiches Arbeiten ermöglichen. Schulleitungen und Pädagog*innen sind vielfach überlastet und manchmal am Rande ihrer Kräfte. Sie müssen daher in ihrer Arbeit wirksamer unterstützt werden. Viele Pädagog*innen werden ihren Unterricht hinterfragen, reflektieren und müssen sich für neue Herangehensweisen öffnen. Aber die Akzeptanz der Maßnahmen zur Qualitätssteigerung hängt davon ab, dass diese nicht als „weitere Zusatzbelastung“ erlebt werden. Für Fortbildungen und die Implementierung neuer Konzepte braucht es Zeit und die Möglichkeit der Akteur*innen vor Ort, die Entwicklungsvorschläge mitbestimmen und umsetzen zu können. Sie dürfen nicht als zusätzliche Belastung zum Tagesgeschäft hinzukommen. Daher müssen multiprofessionelle Teams gemeinsame Zeit für ihre Professionalisierung sowie die Planung ihrer pädagogischen Arbeit erhalten z.B. an Studentagen. In überfüllten Klassen lassen sich Qualitätsverbesserungen

91 schwerer realisieren als in kleinen Lerngruppen, und der Fachkräftemangel an
92 Schulen erschwert dies noch weiter.

93 Alle an Schule Beteiligten – seien es Schulleitungen, Pädagog*innen, sonstige
94 Mitarbeiter*innen, Schüler*innen oder Eltern – möchten eine gute Schule. Dieses
95 Potenzial müssen wir heben, anstatt die engagierten Menschen mit numerischen
96 Vorgaben vor den Kopf zu stoßen. Schulen müssen darin unterstützt werden, ihre
97 Schule weiterzuentwickeln. Nötig ist dafür, wie von der Kommission
98 vorgeschlagen, eine Koordination der bestehenden Unterstützungsstrukturen.
99 Begleitung und Beratung reicht nicht aus. Der Fokus der Schulentwicklung sollte
100 schulintern sein und nicht zu Konkurrenz zwischen Schulen führen. Deshalb
101 stellen wir Ressourcen für die interne Schulentwicklung zur Verfügung. In diesem
102 Sinne halten wir die Veröffentlichung von Schulinspektionsberichten für
103 kontraproduktiv. Die Expert*innenkommission empfiehlt die Weiterentwicklung der
104 Schulinspektion in eine anlassbezogene externe Evaluation. Aufgrund der
105 gemischten Erfolgsbilanz der Schulinspektion halten wir es für sinnvoll, die
106 Inspektion aller Schulen alle fünf Jahre auch vor dem Hintergrund eines
107 effektiven Ressourceneinsatzes zu überdenken. Für uns wäre dies eine
108 Gelegenheit, die Schulinspektion in ein Angebot für die partizipative
109 Schulentwicklung umgestalten. Im Zentrum sollten hierbei Ziele stehen, die von
110 allen schulischen Akteur*innen und der Schulaufsicht gemeinsam festgelegt
111 wurden. Denn wir glauben, dass die Probleme von Schule am besten vor Ort gelöst
112 werden können. Dabei möchten wir sie unterstützen.

113 3. Strukturelle Fragen nicht ausblenden

114 Allein der Fokus auf die Einzelschule und die Förderung besonders
115 benachteiligter Schulen wird jedoch nicht den gewünschten Erfolg bringen. Wie
116 bereits angesprochen, hat Berlin ein Problem der Segregation, gut
117 [zusammengefasst in der Berlin-Studie](#): „Auch nach der Schulstruktureform
118 existieren noch einige Schulen, die gehäuft von Schülerinnen und Schüler mit
119 ungünstigen Lernvoraussetzungen und weniger lernförderlichen
120 Hintergrundmerkmalen besucht werden. Dabei handelt es sich oft um besonders
121 schwach nachgefragte Schulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe. An diesen Schulen
122 besteht die Gefahr, dass kritische Lern- und Entwicklungsmilieus entstehen.“ Die
123 Existenz der starken Segregation zwischen Schulen ist leider nicht allein mit
124 einer Förderung der Schulen mit „kritischen Lern- und Entwicklungsmilieus“ in
125 den Griff zu bekommen. Das Beispiel der Hauptschulen zeigt, dass allein eine
126 stärkere Unterstützung keine Lösung sein kann.

127 Wir müssen deshalb auch strukturelle Fragen in Angriff nehmen, wollen wir das
128 Problem geringer Sprach- und Mathematikkompetenzen ernsthaft bearbeiten. Der
129 Vorschlag der Kommission, die MSA-Prüfungen an Gymnasien freiwillig zu stellen,
130 geht daher genau in die falsche Richtung. Die Aufgabe des MSA ist mitnichten
131 eine diagnostische, sondern er ist ein Zeichen für die Gleichwertigkeit von
132 Integrierten Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Diese
133 Gleichwertigkeit der Schulformen gilt es zu stärken, nicht zu schwächen. Der
134 Qualitäts-Beirat muss sich intensiv damit beschäftigen, wie unser sozial
135 segregiertes Schulsystem inklusiver gestaltet werden kann. Dabei geht es auch
136 darum, die Gemeinschaftsschulen weiter zu stärken, im Interesse gleicher
137 Bildungschancen für alle Berliner Schüler*innen. Hierzu gehört auch eine
138 Neujustierung des Verständnisses von Schulaufsicht. Sämtliches Handeln der

139 Schulaufsicht muss darauf ausgerichtet sein, Schulen bei der Erreichung ihrer
140 gemeinsam mit der Schulaufsicht gesteckten Ziele zu unterstützen und dafür zu
141 sorgen, dass die vereinbarten Maßnahmen hierauf ausgerichtet werden und dass die
142 dafür notwendigen Ressourcen gesichert sind.

143 4. Gemeinsam für eine bessere Steuerung der Schulen Berlins

144 Der Bericht der Expert*innenkommission ist ein guter Anlass, die Steuerung des
145 Berliner Schulsystems zu überdenken, über liebgewonnene Institutionen wie die
146 Schulinspektion einmal kritisch nachzudenken und zu fragen, wo unser Schulsystem
147 hinsteuern soll. Für uns ist klar: Die Grundlage sind der Bildungsauftrag und
148 die Bildungs- und Erziehungsziele des Schulgesetzes. Dies beinhaltet auch
149 sprachliche und mathematische Grundfähigkeiten. Ob wir diese Ziele erreichen,
150 wird davon abhängen, ob wir es schaffen, eine Aufbruchstimmung in der Berliner
151 Schullandschaft zu erzeugen. Dafür müssen wir alle Schüler*innen, Eltern,
152 Pädagog*innen, Schulleiter*innen, aber auch die Schulaufsicht, Schulverwaltung
153 und Personalvertretungen mitnehmen. Entsprechend ist es für uns essenziell, dass
154 die Perspektiven dieser Gruppen auch im Qualitäts-Beirat gehört werden. Hier
155 müssen offene Diskussionen unter Einbezug aller an Schule Beteiligten geführt
156 werden, denn eine Gesamtstrategie kann nur unter Einbezug aller Erfolg haben.